Friedenssteuer
NACHRICHTEN
Februar 2024 | Nr. 63

KEIN GELD FÜR KRIEG

Gewissen und Zukunft

Es ist schon fast 50 Jahre her, dass ich mich zum ersten Mal mit ihr beschäftigen, ja auseinandersetzen musste: der „Gewissensfrage“. Damals in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts unterlagen ja alle jungen Männer noch der Wehrpflicht, die erst 2011 ausgesetzt wurde. Wer also auf die 18 Jahre zuging, musste sich fragen: Bin ich bereit, mich an tödlichen Waffen ausbilden zu lassen und diese auf Befehl dann auch einzusetzen, also meine Mitmenschen zu töten? Musterung und dann die Gewissensprüfung für alle, die es wagten, den staatlichen Zwang zum Schießen in Frage zu stellen, waren an der Tagesordnung. Ohne Vorbereitung war die Prüfung für Kriegsdienstverweigerer nicht zu bestehen; aber dank kirchlicher Berater und Beistände war die Gewissensschärfung in der Frage militärischer Gewaltanwendung ein Entwicklungsschritt zur Persönlichkeitsbildung, der zu meistern war. Und so landete auch ich im zivilen Ersatzdienst.

Nun ist es schon wieder so weit: Politiker aus Regierung und Opposition (z. B. Boris Pistorius und Markus Söder) planen die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder einer „Allgemeinen Dienstpflicht“ – auch für Frauen. Details sind zwar noch unklar und werden diskutiert, alle Widerstände sind noch nicht überwunden, aber die Entwicklung geht deutlich in diese Richtung. Die Gewissensfrage stellt sich wieder mit größerer Dringlichkeit, für einige Soldaten auch schon jetzt durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine: die Zahl der Verweigerer stieg von 209 (2021) auf 1123 (2022). In den 80er Jahren hatte sich das an der Frage der Kriegsdienstverweigerung mit der Waffe geschärfte Gewissen einiger Menschen in der Friedensbewegung auch damit beschäftigt, wie wir durch unsere steuerliche Mitfinanzierung an Aufrüstung und Blockkonfrontation beteiligt sind.

Dem Netzwerk Friedenssteuer zugrunde liegt seit nunmehr 40 Jahren einerseits die individuelle Gewissensnot, die dem Wissen entspringt, dass ein Teil des von jedem/r Einzelnen erwirtschafteten Bruttosozialprodukts über den Weg der Steuer zwangsweise zur Finanzierung von Militär, Rüstung und dem Töten im Krieg dient, und dem gesellschaftspolitischen Anspruch andererseits, dass ein „gerechter Friede“ die materiellen Ressourcen benötigt, die derzeit noch militärisch verheizt werden. Das Motto „Kein Geld für Krieg!“ weist auf das Ziel eines politischen Prozesses hin, ohne das es keinen gerechten Frieden geben kann. Beide Aspekte, die individuelle Gewissensentscheidung für eine ausschließlich zivile Steuerverwendung und das politische Ziel, die Ressourcen unserer Gesellschaft zuvorderst in Gerechtigkeit und Frieden statt in Kriegsvorbereitung und Kriegsführung zu investieren, sind zwei Seiten derselben Medaille.

Nachdem in den 90er Jahren und zu Beginn dieses Jahrtausends unter dem Begriff der „Friedensdividende“ (nach dem Ende des kalten Krieges und der Blockkonfrontation) die Entwicklung des Bundeshaushalts wenigstens ein bisschen Anlass zu der Hoffnung gab, dass er sich schrittweise dem Ziel von „Kein Geld für Krieg!“ annähern könnte und Mittel z. B. für einen Zivilen Friedensdienst frei wurden, hat sich manches Gewissen beruhigen, ja vielleicht sedieren lassen in der Erwartung, dass die Entwicklung in die richtige Richtung ginge und es nur noch eine Frage der Zeit wäre, bis die Gewissensbelastung durch eine friedenspolitische Entwicklung von uns genommen würde.

Spätestens seit 2014 aber steigen die Rüstungsausgaben wieder deutlich, auch wenn dies von manchen zunächst nicht bemerkt wurde. Mit der Aufnahme von 100 Mrd. EURO Sonderschulden zur Finanzierung der militärischen Aufrüstung im Jahr 2022, dem Beschluss,

Fortsetzung auf S. 3

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fachjuristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor – für Öffentliches Recht an der Freie Universität Freiburg – bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100 % in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

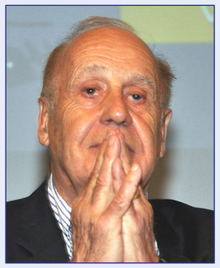
Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO *Conscience and Peace Tax International* / CPTI mit Sitz in London hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

UNTERSTÜTZERKREIS

Mehr über die Unterstützer unter: **www.friedenssteuer.de**

Jean Ziegler



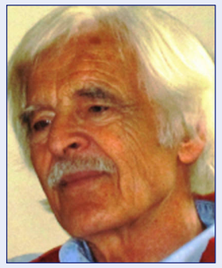
„Die Arbeit für Friedenssteuer ist wichtig und hochaktuell, ich unterstütze Ihr Engagement, denn: Ich glaube an den Aufstand des Gewissens.“

Biggi und Franz Alt

„Das Ur-Ethos aller Religionen „Du sollst nicht töten“ muss erweitert werden durch das Recht, das Töten nicht durch Steuern finanzieren zu müssen. Ein Zivilsteuergesetz ist eine Frage des Gewissens und des gesunden Menschenverstandes. Nicht nur Schwerter, auch Steuern können wir zu Pflugscharen umrüsten.“

Dr. Markus A. Weingardt

„Gewaltlose Konfliktbearbeitung wird oft als naiv und weltfremd belächelt, Militärpolitik gilt als klug und stark. Damit werden enorme Rüstungausgaben und -lieferungen gerechtfertigt. Die Wirklichkeit spricht allerdings eine ganz andere Sprache. Wer ist hier also weltfremd?!“



Ulrich Duchrow

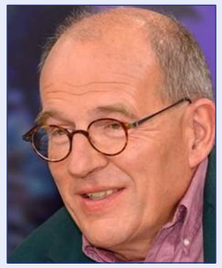
„Angesichts der Massenvernichtungsmittel und der obszönen Ausgaben für Rüstung, während Menschen an Hunger sterben, wünsche ich dem Netzwerk Friedenssteuer, eine Massenbewegung zu werden.“

Martin Arnold

„Ich halte das Netzwerk Friedenssteuer für wichtig, weil ich und viele Menschen in Deutschland und weltweit, die sich für Frieden einsetzen, gegen ihren Willen und ihr Gewissen vom Staat gezwungen werden, durch Steuern zur Kriegsfinanzierung beizutragen. Mein Geld soll für Friedensarbeit investiert werden!“

Andreas Zumach

„Ich unterstütze die Schaffung einer Zivilsteuer, damit die dringend erforderlichen zivilen Instrumente zur Bearbeitung von Konflikten endlich in ausreichendem Umfang finanziert werden können.“



den Militärhaushalt von ca. 50 auf über 80 Mrd. EURO anzuheben (2%-Ziel), und den Rüstungsgeschenken an die Ukraine (im Wert von bereits über 18 Mrd. EURO) wird inzwischen mehr und mehr Menschen deutlich vor Augen gestellt, dass jede/r Steuerzahler/in bereits heute aktiv an der Finanzierung eines (wahrscheinlich noch lange dauernden) Krieges beteiligt ist. Je mehr Ressourcen in den militärischen Bereich fließen und Bilder der zahllosen Toten ins Bewusstsein dringen, desto drängender meldet sich das Gewissen.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu, der in den 70er Jahren noch nicht im Blick sein konnte und auch in den 80er Jahren und danach für die meisten noch jenseits des Horizonts der Wahrnehmung war: die Klima-Erhitzung wird auch durch die Rüstungsproduktion, durch den militärischen Übungsbetrieb und erst recht durch den Kriegseinsatz dieser Waffen befeuert. Der untaugliche Versuch, sich mit Waffengewalt vor „den Anderen“ zu schützen, gefährdet das Überleben aller. Die wirklichen Gefahren für unseren Planeten sind nur durch eine kooperative Anstrengung, auch gemeinsam mit den vermeintlichen Feinden oder „systemischen Gegnern“, zu bewältigen und alle Ressourcen, die derzeit in die wechselseitige Aufrüstung fließen, werden für die große Transformation unserer Wirtschaftsweise so dringend benötigt. Die Kriegslogik mit all ihren Auswirkungen bedroht also nicht nur die derzeit lebende Menschengeneration, sondern noch viel mehr das Lebensrecht und die zukünftigen Möglichkeiten derer, die uns nachfolgen. Der heute wiederkehrenden Gewissensfrage ist also ein weiterer, neuer Aspekt hinzuzufügen: nicht nur das Leben derer, die gleichzeitig mit uns auf diesem Planeten wandeln, steht auf dem Spiel, sondern die Zukunft des Menschen in den planetaren Grenzen.

Klaus Waiditschka

INHALT

Gewissen und Zukunft	1
Wer wir sind und was wir wollen	
Bundesgartenschau (BUGA) in Mannheim	4
Beim Kirchentag in Nürnberg	6
Kriege in aller Welt	7
Bilderbogen zu 40 Jahren Friedenssteuerinitiative und Netzwerk Friedenssteuer	10
Buscher-Media-Zukunftspreis 2023	13
„40 Jahre – und wie weiter?“ Kleiner Festakt mit Dr. Eberhard Müller	14
Was wurde aus unserer Petition?	15
Kurz & bündig	16
Adressliste, Termine	20

„Noch niemals hat mich auf der Straße jemand aufgefordert, für Kernwaffen Geld zu spenden. Offenbar deshalb, weil die Regierungen für Waffen stets genug Geld zur Verfügung haben. Aber unzählige Male haben mich Menschen mit Sammelbüchsen um eine Spende für Arme, Kranke, Alte und Kinder gebeten. Es mag der Fantasie jedes Einzelnen überlassen bleiben, sich auf diese Ungereimtheiten einen Vers zu machen.“

Peter Ustinov (1921–2004)

Bundesgartenschau (BUGA) in Mannheim

„Friedensklima!
17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden“

Diese BUGA war weit mehr als eine Leistungsschau des Gartenbau-Gewerbes, denn mit den zentralen Themen Klima, Umwelt, Energie und Nahrungssicherung war es die vielleicht politischste Gartenschau, die es je gab. Im Zentrum standen die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die jeweils in entsprechenden Themengärten entfaltet wurden; unsere Ausstellung und Aktionsfläche stand dann auch in unmittelbarer Nachbarschaft zum Themengarten 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Mit einer anrührenden Installation zu der atomaren Katastrophe von Hiroshima und einem Gingko-Setzling als Hoffnungszeichen war dieser Themengarten die perfekte Ergänzung zu dem, was wir zu zeigen hatten, und wurde von uns auch in manche Gruppenführung einbezogen.

Die Ausstellung „Friedensklima! 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden“ stand von April bis Oktober 2023 auf der Bundesgartenschau (BUGA) in Mannheim, an 151 Tagen betreut und begleitet von Mitgliedern des Friedensbündnis Mannheim bzw. seinen Mitgliedsorganisationen. Wir waren dort mit Themen und Veranstaltungen, mit Führungen und kreativen Angeboten: Singen, Spielen, Basteln. Wir waren ansprechbar und konnten auf Menschen zugehen, die wahrscheinlich keine „Friedensveranstaltung“ je besucht hätten, aber im Vorbeigehen neugierig wurden, stehen blieben, sich auf ein Gespräch oder eine Mitmachaktion einladen ließen. Wir waren bereit, Auskunft zu geben und auch kontroverse Diskussionen zu führen. Wir waren manchmal überrascht von den klugen Einsichten der ganz Jungen und den Erfahrungen, die Ältere schilderten, sowie von Frauen und Männern, die von ihrem Engagement berichteten.

Parallel zur permanent erlebbaren Ausstellung gab es eine Vielzahl von zeitlich terminierten Veranstaltungen, direkt an der Ausstellung, im Campus Pavillon bzw. Lernfeld (dem Bildungsprogramm der BUGA) und in der Stadt Mannheim. Eine dieser Veranstaltungen drehte sich vorrangig um das liebe Geld, nämlich die Finanzierung von Militär und Rüstung.

Klaus Waiditschka, Vortrag im BUGA-Campus-Pavillon

Was macht unser Geld in der Rüstung?

Militär und Rüstung kosten viel Geld. Mit Rüstungsproduktion wird viel Geld verdient. Wie hängt das zusammen? Wer zahlt und wer zahlt drauf? Und warum fehlen uns ständig die Ressourcen, um die Klima-Erhitzung ausreichend zu bekämpfen und die Lasten sozial gerecht zu verteilen?

Kriege können nur geführt werden, wenn Geld dafür zur Verfügung steht. Banken statten die Rüstungsindustrie mit Milliarden an Kapital aus und verdienen gut dabei. Die Bundesregierung ordert die tödlichen Produkte dieser Branche, exportiert Waffen in die Ukraine, nach Saudi-Arabien und in viele weitere Länder, zu einem großen Teil finanziert mit unseren Steuergeldern.

Dr. Barbara Happe (Bundesvorstand Kritische AktionärInnen) erklärte bei den Veranstaltungen am 22.8.2023 im

BUGA-Campus und in der Stadt, worauf wir achten müssen, damit Geld, das wir einer Bank oder einem Aktienfonds anvertrauen, nicht unversehens Rüstungsproduktion und -exporte mitfinanziert, sondern ethisch vertretbare Wirkung erzielt. Und Klaus Waiditschka (Netzwerk Friedenssteuer) wies darauf hin, dass auch Personen, die gar kein Geld übrig haben und anlegen können, über ihre Steuern trotzdem an der Finanzierung von Rüstung und Militär beteiligt sind und forderte eine Gesetzesänderung, die es ermöglicht, dass jede Person mit ihrer Steuererklärung entscheiden kann, Steuern und Abgaben nur noch für zivile Zwecke zu zahlen.

Mitglieder des Netzwerk Friedenssteuer waren aber auch noch in anderer Weise auf der BUGA präsent und engagiert:

„Lebenslaute“-Gruppe auf der BUGA

Mit „Lebenslaute“ auf der Bundesgartenschau in Mannheim

Seit etlichen Jahren konnten musikbegeisterte Leute aus der Friedensbewegung (wie Wolfgang Steuer) immer mal ein paar Tage frei machen für ein Aktionskonzert mit Lebenslaute, zuletzt zum Antikriegstag, dem 1. September 2023. Vor dem Auftritt traf sich die spontan gebildete Gruppe von Musiker*innen und Sänger*innen, Laien wie BerufsmusikerInnen, zum Proben. Es ging ums Einüben der Chor- und Instrumentalsätze und ebenfalls um die Strategie, wie die Aufmerksamkeit der BesucherInnen auf der BUGA und insbesondere bei der Ausstellung „Friedensklima“ zu gewinnen sei. Wir wollten mit Musik und gewaltfreien Aktionen auf die Bedrohung des Klimas durch unser Verhalten und noch drängender durch Militär hinweisen. Lebenslaute-Aktionen können wie Sand im Getriebe lebensfeindlicher Industrie oder Einrichtungen sein.

Um 12:30 Uhr haben wir bei der Ausstellung „Friedensklima“ unser Konzert gegeben. Mit fetzigen Folk-Arrangements und dem afrikanischen Tanzlied „Kana kameme“ luden die MusikerInnen von Lebenslaute, zur Freude aller, die BesucherInnen zum gemeinsamen Tanz ein.

Um 16:00 Uhr haben wir beim „Campus Lernfeld“ zur Veranstaltung mit dem Titel „Militarisierung trifft Klima und globale Nahrungssicherung – Antikriegstag 2023“ sowohl zum Auftakt als auch zum Abschluss gesungen. Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde, informierte in seinem spannenden Vortrag über Zusammenhänge zwischen Mineralölfirmen, Militärs und heraufziehender Klimakatastrophe, die heute schon weltweit spürbar ist.

Und persönlich: die „Lebenslaute“ stellen mit ihren schwungvollen Aktionen einen Lichtblick im oft tristen Weltgeschehen dar. Kritik und Protest werden mit Musik zum Ausdruck gebracht.

Klaus Waiditschka und Wolfgang Steuer

Eine Broschüre zur Dokumentation der Ausstellung und aller Aktivitäten in deren Umfeld kann auf folgender Internet-Seite bestellt bzw. als PDF-Datei heruntergeladen werden: https://friedensbuendnis-mannheim.de/buga-2023-mannheim

Gesprächsrunde im Abendprogramm

Beim Kirchentag in Nürnberg

Den Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 7. – 11. Juni 2023 habe ich gut überstanden. Als es damals an der Zeit war, einen Stand anzumelden, waren wir zu wenige Leute für drei Tage Standarbeit. Ganz gaben wir die Hoffnung doch nicht auf. Schließlich konnten wir als „ChristInnen bei der DFG-VK“ mitarbeiten. Dauerdienst leistete das Team: Jan Birk, Lina Hoffmann, Brigitte Janus, Ria Makein, Hannelore Morgenstern, Wolfgang Steuer und für zwei Extra-Schichten kamen Sigi Laugsch und Klaus Waiditschka dazu, die anderswo mehr eingespannt waren.

Jan Birk und Wolfgang Steuer beim Stand-Aufbau

Auf zwei Dinge sprachen wir die Menschen an: Erstens boten wir vorbereitete Postkarten an, die die BesucherInnen an ihre Landessynoden schicken konnten. So baten sie darum, dass ihre Synode sich mit dem Anliegen eines „Zivilsteuergesetzes“ befassen und es bestmöglich unterstützen möge. Der Kartentext erinnerte nochmals an den Zentralausschuss-Beschluss des ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) vom 1.9.2009, den sich der ÖRK zu eigen machte: Der ÖRK „ermutigt die Kirchen, sich mit der Frage von Steuergeldern für militärische Ausgaben oder Krieg sowie mit Alternativen zum Militärdienst auseinander zu setzen“.

Zweitens baten wir die Menschen darum, unsere bei OpenPetition laufende Petition für ein Zivilsteuergesetz jetzt auf Papier zu unterschreiben. Das Ergebnis unserer Gespräche ergab 78 Postkarten an die Synoden und 73 Petitions-Unterschriften, die unsere Spezialistin Gertie Brammer bei OpenPetition einpflegte.

Ein Nachteil unseres „Unterschlupfes“ bei der DFG-VK bestand darin, dass wir für das Auslegen unseres Materials nur einen Meter Platz hatten, der von kaum jemandem in der Enge und Fülle wahrgenommen wurde. Reichlich Postkarten haben wir noch. Die können wir gern an Interessierte weiterschicken, die jetzt noch ihre Synoden anschreiben wollen (Bestellung: gbram@posteo.de).

Die meisten Gespräche verliefen relativ kurz. Etliche derjenigen, die sich ansprechen ließen, sagten, dass sie vor gut zwei bis drei Jahren gern unterschrieben hätten, aber nicht jetzt angesichts des Angriffskrieges auf die Ukraine. Meine Argumentation, dass unser Gesetzentwurf noch lange nicht umgesetzt wird und auch damit die Bundeswehr nicht abgeschafft werde, überzeugte diese Menschen nicht. Sie sahen nicht ein, dass das Zivilsteuergesetz mit dem Gewissensschutz für Gewaltlosigkeit ein anderes Ziel hat. Vereinzelt gab es auch lange Gespräche, die mehr als die aktuelle Situation betrachteten.

Der bayerische Landesbischof Bedford-Strohm, der die Gründung der Friedenssteuer-Initiative vor 40 Jahren mittrug, kam am Stand vorbei und ließ sich ansprechen. Wir wussten schon, dass sich seine Position weiterentwickelt hat, wie er sagte, und dass auch er die aktuell dringend erforderliche Unterstützung der Ukraine auch mit militärischen Mitteln für nötig hält.

Eine unerwartete Besonderheit gab es noch im Flur vor dem Stand, nämlich Jan Birks Gespräche mit französischen Gesprächspartnerinnen: Eine Reporterin von Radio France Internationale (RFI), kam zum Stand der DFG-VK und fragte nach einem Interview. Jan stand daneben und hat ihr ein Interview auf Französisch angeboten. So erzählte Jan von der Arbeit der DFG-VK und brachte dabei Informationen über das Netzwerk Friedenssteuer unter. Die zweite Begegnung war die mit einer französischen Militärseelsorgerin. Sie war sehr nachdenklich und berichtete, dass sie mit den Soldaten auch über das Problematische an ihrem Beruf, das Töten, sprach, und dass sie ihren Job wohl bald aufgeben wolle. Es war eine sehr viel angenehmere Unterhaltung als ich sie mit den deutschen Militärgeistlichen geführt hatte, die offenbar deutlich weniger Skrupel hatten, kommentierte Jan. Und zudem: Jan spricht sowieso lieber Französisch als Englisch.

Neben unseren täglichen 4-Stundenschichten hatten unsere Teammitglieder immer noch die Möglichkeit, sich an anderen Veranstaltungen zu beteiligen, sofern die plattgestandenen Füße es erlaubten sowie die Doppelrolle unserer Nürnberger Team-Kolleginnen und Gastgeberinnen.

Am Samstagmittag fand die Friedenskundgebung „Jetzt ist die Zeit für Frieden“ statt mit Jacqueline Andres, Informationsstelle Militarisierung e.V. und dem EKD-Friedensbeauftragten Bischof Friedrich Kramer. Da wir zu den Unterstützern der Demonstration gehörten, verschafften sich mehrere Teammitglieder die Zeit zur Teilnahme. Besonders waren wir an den Ausführungen von Herrn Kramer interessiert. Er sprach sich für Waffenstillstand und Verhandlungen aus. Die Ukraine habe das Recht, sich zivil und militärisch zu wehren. Den Angegriffenen, denen Unfreiheit droht, können wir nicht vorschreiben, sich gewaltfrei zur Wehr zu setzen. „Aber die vielen erfolgreichen Mittel zivilen Widerstands, die sich gerade auch in der Ukraine finden, werden zu geringgeschätzt", sagte der Landesbischof. In der friedlichen Revolution in der DDR 1989 habe er selbst erlebt, „dass Gebete und Demonstrationen friedliche Veränderungen bewirkt hätten“, berichtete evangelisch.de. Seine Rede liegt dem Unterstützerkreis vor.

Hannelore Morgenstern mit selbstgemachter Unterschriften-Sammel-Schürze

Kriege in aller Welt

Der Verein hat gem. Vorstandsbeschluss kein Votum zum Ukraine-Krieg abgegeben (siehe letzte Friedenssteuer-Nachrichten) und wird auch keines zum Krieg in Israel/Palästina abgeben. Die drei Vorstandsmitglieder des Vereins Netzwerk Friedenssteuer haben vor einiger Zeit jeweils ein persönliches Votum geschrieben – und waren nicht sicher, was damit tun. Bei der Jahrestagung sollten diese eigentlich verlesen werden und zu weiteren Voten anregen – das geschieht jetzt durch diese Veröffentlichung.

Verhandlungen und Friedenslogik

Am 24.02.2022 begann der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine. Der erste Krieg, durch den ich wirklich deutliche Nachteile im Alltag erlebe, stellt mich vor viele Fragen. Dazu habe ich in mir keine sicheren Antworten.

Dennoch muss ich mir im Kopf vorstellen, wie ich reagieren würde, als allein lebende Frau. Wäre ich in der Ukraine zu Hause, hätte ich vielleicht – oder hoffentlich – das Land schnellstmöglich verlassen. Bei guten Freunden in Großbritannien wäre mein Leben gesichert.

Ich bin nicht einmal mehr sicher, ob ich mich als Pazifistin bezeichnen darf, denn es gilt das internationale Recht der Selbstverteidigung. Individuell kann und darf ich meine Grundhaltung nicht beweisen; denn ich zahle zwangsweise weiterhin für die Bundeswehr und die deutsche, militärische Unterstützung der Ukraine mit. Daneben fällt es mir schwer, trotz des mir unvorstellbaren Leidens und Sterbens der ukrainischen Menschen und der Zerstörungen ausschließlich in den Kategorien des ukrainischen Selbstverteidigungsrechts zu denken.

Meine Hauptgedanken zielen auf Verhandlungen. Und die gab es immerhin: Von Ende Februar bis Ende März 2022 fanden Verhandlungen zwischen der ukrainischen und russischen Seite statt, die Anfang April scheiterten. Unter israelischer Vermittlung folgten indirekte Waffenstillstandsverhandlungen, die nach dem Bekanntwerden des Massakers von Butscha gleichfalls scheiterten. Und abermals gab es einen Vermittlungsversuch durch eine afrikanische Delegation, wenn auch erfolglos. Das sogenannte Getreideabkommen (sowie gewisse Lebensmittel, Dünger) erlaubte den Kampfparteien den Export über das Schwarze Meer. Verhandlungen in dieser langen Kriegszeit sind also möglich.

Im September hörte ich einen Vortrag von Professorin Hanne-Margret Birckenbach zur Friedenslogik. Sie wies u.a. darauf hin, dass auch im UN-Sicherheitsrat in diesen Kriegszeiten gearbeitet und entschieden wird – ohne ständiges Veto Russlands; auch dort wird also verhandelt. Frau Birckenbach erklärte uns die Elemente der Friedenslogik. Dabei wurde mir klar, dass ich nicht annähernd mit diesem Gedankengut in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg groß geworden und vertraut bin. Ob meine Lebenszeit reicht, um wenigstens im Kleinen, im Alltäglichen die Elemente der

Friedenslogik zu lernen und umzusetzen, wage ich leider zu bezweifeln. Aber die Frage an mich rechtfertigt nicht den Zweifel daran, dass mein Christsein, mein Pazifistisch-Sein-Wollen der richtige Weg ist, um der Friedenslogik in der Welt den ihr gebührenden Platz zu verschaffen.

Hannelore Morgenstern

Anmerkung: Hanne-Margret Birckenbach (*3. April 1948 in Gelnhausen) ist eine deutsche Politologin und Professorin für Europastudien. **Leseempfehlung:** H.- M. Birckenbach; Rede zur Verleihung des Göttinger Friedenspreises 2023: https://www.goettinger-friedenspreis.de/wp-content/uploads/2023/03/Birckenbach_Redetext_Final.pdf

Krieg löst keine Konflikte, nur Verhandlungen können das

In jedem Konflikt geht es um Interessen – Ressourcen, Gerechtigkeit, Selbstwert. Wenn es nicht gelingt, verschiedene Interessen unter einen Hut zu bekommen, können Konflikte eskalieren. Das geschieht immer in ganz ähnlichen, vielfach erforschten einzelnen Stufen, zuerst ganz lange so, dass man die Eskalation noch sehr gut sinnvoll unterbrechen und auf der Sachebene lösen kann, wenn man verhandlungsbereit ist. (s. Friedrich Glasl https://de.wikipedia.org/wiki/Phasenmodell_der_Eskalation)

Wenn nicht, bilden sich Gruppen, Verbündete, Feindbilder, die Fronten verhärten, jede Partei wird zunehmend blind für den eigenen Beitrag zum Konflikt. Jetzt wird auf beiden Seiten beschönigt, gelogen, moralische Überzeugungen werden aufgebaut und gefördert. Es wird aufgerüstet. Jede Seite sieht sich gleichermaßen, mit denselben Argumenten und nicht selten auch mit exakt demselben Wortlaut als Opfer, als die gute Seite, im Recht („jetzt ist Schluss, der Gegner versteht nur die Sprache der Gewalt, ist eine Bestie, geisteskrank, ein neuer Hitler“ usw.) und sieht die Lösung im Zurückschlagen: „Wir wollen ja keinen Krieg, aber die anderen zwingen uns dazu“. (s. Anne Morelli https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Prinzipien_der_Kriegspropaganda)

In den letzten Stufen wird die Eskalationsspirale zum Selbstläufer, unbeherrschbar, unsinnig, dann geht es gar nicht mehr um den eigentlichen Konflikt, nicht mehr um irgendeine Lösung, sondern um die Zerstörung des Gegners. Und am Ende zählt die Vernichtung des Gegners als Sieg, auch um den Preis der eigenen Vernichtung. (s. T.C. Boyle, „America“ https://de.wikipedia.org/wiki/Am%C3%A9rica)

In unserem Zeitalter der Atomwaffen wäre die letzte Stufe die Auslöschung der Menschheit. Was für ein Un-Sinn! Wie un-menschlich! Unsere Welt geht zugrunde, damit wir es dem Gegner zeigen.

Papst Franziskus wurde in einem Interview am 13. März 2023 gefragt: Mehrmals haben Sie zum Frieden in der Welt aufgerufen. Es gibt aber viele Kriege. Warum ist es so schwierig, das Drama des Kriegs zu verstehen?

Er sagte: Für mich ist der Krieg ein Verbrechen, er ist falsch. In etwas mehr als hundert Jahren hat es drei Weltkriege gegeben: 1914–18, 1939–45 und diesen, der ein Weltkrieg ist. Er begann schrittweise, und heute kann niemand mehr sagen, dass er nicht weltweit ist. Denn die Großmächte sind alle darin verwickelt. Und das Schlachtfeld ist die Ukraine. Alle kämpfen dort. Da muss man auch an die Rüstungsindustrie denken, eine große Industrie. Ein Techniker sagte mir: Wenn ein Jahr lang keine Waffen mehr produziert würden, wäre das Problem des Welthungers gelöst. Es ist ein Markt. Kriege werden geführt, alte Waffen werden verkauft, neue werden getestet. Vor zwei Monaten war die Rede von einer seltsamen Drohne, die neue Waffen testet. Dafür sind Kriege da, um Waffen zu testen. Wenn sie andere Dinge für den menschlichen Fortschritt ausprobieren würden, ich denke da an Bildung, Nahrung und Medizin, wäre das schön. (…) Ich glaube nicht an heilige Kriege. (s. Interview RSI: https://www.swissinfo.ch/ger/politik/papst-franziskus---der-ukrainekrieg-ist-ein-weltkrieg-/48349834)

Überall entzünden sich gerade Konflikte, die bei unserem Globalisierungsgrad zu einer Auslöschung der Menschheit führen können, wenn wir die Spirale weiter hinauf- oder vielmehr hinabgehen. Ich meine: Was wir tun müssen, ist Aufhören. Hören wir auf, mit Gewalt auf Gewalt zu reagieren, machen wir nicht mehr mit bei dem Wahnsinn der Aufrüstung, lassen wir die unsinnigen Feindbilder los. Sagen wir laut und deutlich Nein zu Feindschaft, Gewalt und Krieg, und Ja zu Verhandlungen, Interessensausgleich, Versöhnung.

Katharina Rottmayr-Czerny

Alle Anstrengungen für eine friedliche Konfliktlösung!

In meinen Augen ist jeder Überfall (völker-)rechtswidrig.

Russlands Überfall auf die Ukraine ist nicht der erste Kriegsbeginn, der mich betroffen gemacht hat. Das erste Mal war ich auf der Straße, als die USA Grenada überfallen hatten, weil ihnen der Ausgang einer demokratischen Wahl nicht gepasst hat. Das hat aber außer mir seinerzeit kaum jemand wahrgenommen. Wirklich betroffen war ich vom Überfall der Amerikaner im Irak, den meine Regierung damals nicht mitgemacht hat. Dafür hat sie ohne Bündnisverpflichtung, ohne UNO-Beschluss und ohne Plan Jugoslawien bombardiert (oder war es da schon Serbien?). Vorletztes Beispiel eines solchen planlosen Aktionismus (oder einer aktionistische Planlosigkeit?) war das Treiben der Bundeswehr in Afghanistan, das letzte ist das im Sahel. Als ich 1985 bis 1988 im Niger Entwicklungshilfe geleistet habe, war dort bereits ein Straßenbaubataillon der Bundeswehr. Warum? Sie waren jedenfalls nicht da, um mich zu beschützen, und ich war nicht da, um ihre Anwesenheit zu legitimieren.

Nun hat Russland die Ukraine überfallen, ich fühle mich persönlich betroffen, weil ich in Russland immer eine Kulturnation gesehen habe und nun erkennen muss, dass sein Herrscher alles aufgegeben hat, was die internationale Völkergemeinschaft im Laufe von über 100 Jahren als Kriegsvölkerrecht erreicht hat. Und dass seine Soldaten mit der Vergewaltigung von Frauen zu Untaten fähig sind, die ich mir nicht vorstellen konnte. Und wohl auch nicht wollte: ich werfe mir vor, dass mir die Massaker in Tschetschenien und Syrien nicht schon vorher die Augen geöffnet haben.

Am 24. Februar 2022 hat Putin die Ukraine überfallen. Es ist mir unerträglich, dass der Staat, der Deutschland eine friedliche Bewältigung des Erbes der Teilung ermöglicht hat, seine Brüder und Schwestern (oft genug nicht nur im übertragenen Sinne) bedroht, ermordet, schändet. Ich habe mich dort engagiert, ich bin nach Odessa gereist, um über Frieden zu reden, ich lerne Russisch, um mir die dortige Kultur soweit anzueignen, dass ich verstehe und verstanden werde. Und bin ich in Odessa, werde ich nach deutschen Waffen gefragt. (Nun entzweit schon die Schreibweise die Menschen: Odessa (pro-)russisch, Odesa (pro-)ukrainisch.)

Ich arbeite im öffentlichen Dienst, dort, wo den Menschen Vorschriften gemacht werden. Der oberste Grundsatz ist dabei immer: wähle das mildeste Mittel. Ein sehr guter Grundsatz!

Russland hat die Ukraine überfallen. Es gibt keine Entschuldigung. Es gibt Gründe, und es gibt eine Vorgeschichte. So ist es immer, es gibt immer eine Erklärung, aber die rechtfertigt nichts von dem, was wir dort sehen.

Die Ukraine verteidigt sich. Selbstverständlich! Auch wir würden uns wehren. Es ist das Wesen des Pazifismus, dass er sich im Konflikt zeigt, dort, wo es schwierig wird, dort, wo andere zu den Waffen greifen oder mindestens mit ihnen drohen.

Unsere Waffe ist das Wort, das Bild, die Geste. Unser Ziel ist die Einigung, nicht unser Sieg und der anderen Niederlage. Unser Weg ist die Kommunikation. Wir gewinnen keine Schlachten, wir gewinnen Herzen.

In diesem Sinne appellieren wir an alle Konfliktparteien: Ihr habt bereits Verhandlungen geführt, Ihr tauscht Gefangene aus, Ihr sprecht über Getreideexporte und macht sie dann gemeinsam möglich. Es geht doch! Ihr könnt es doch!

Nach dem Überfall auf die Ukraine gab es die militärische Intervention Aserbaidschans in Nagorni Karabach, nun hat die Hamas ein Massaker in Israel angerichtet und Israel ist dabei, tausendfachen Tod nach Gaza zu bringen.

Parallelen zum Krieg in der Ukraine? In allen Fällen handelt es sich um Konflikte, in denen die Parteien versucht und gehofft haben, dass das Spiel mit den Muskeln oder das Säbelrasseln reichen, um den anderen in Schach zu halten. Eingefrorene Konflikte, ungelöste Probleme. Und die führten – zumindest im Rückblick – zu voraussehbaren Katastrophen.

Und hier liegt die Lehre, die daraus zu ziehen ist: Konflikte müssen geführt werden. Dafür muss man sie allerdings erkennen und anerkennen: wer die Schlinge um den Hals der Palästinenser mit immer weiteren Siedlungsbauten immer enger zieht, kann sich eigentlich nicht wundern, wenn Palästinenser sich dagegen wehren. Und die Hamas Unterstützer findet. Auch hier: Es gibt Gründe, und es gibt eine Vorgeschichte. So ist es immer, es gibt immer eine Erklärung, aber die rechtfertigt nichts von dem, was wir dort sehen.

Und was hat das mit unseren Steuern zu tun? Auch wer – anders als wir – keine Skrupel hat, anderen Menschen das Leben zu nehmen, hat die Möglichkeit einzusehen, dass Rüstung als die Vorbereitung eines tödlichen Geschehens keine langfristig erfolgreiche Strategie zum Umgang mit Konflikten ist. Langfristig hilft nur Verständigung und Versöhnung. Europas Geschichte des 20. Jahrhunderts ist ein anschauliches Beispiel. Es ist daher nicht nur ein moralischer, sondern auch ein intellektueller Imperativ:

Kein Geld für Waffen, alle Anstrengungen für eine friedliche Konfliktlösung!

Jan Birk

„Die Welt ist überbewaffnet und der Frieden ist unterfinanziert.“

Ban Ki-moon, ehem. UN-Generalsekretär

Bilderbogen zu 40 Jahren Friedenssteuerinitiative und Netzwerk Friedenssteuer

Die Anfänge in Heidelberg (Friedenssteuer-Intiative)

Gruppendiskussion in der Ev. Studierenden-gemeinde

Gela Böhne und Martin Arnold im Gespräch auf dem Balkon (im Hintergrund das Heidelberger Schloss)

Verleihung des Aachener Friedenspreises (1993)

Christa Voigt nimmt den Preis entgegen

Demonstrationszug durch Aachen

Festveranstaltung mit Dorothee Sölle

Günther Lott spricht auf der Kundgebung

Friedenssteuer-Treffen in Erfurt (1999)

Gruppenfoto

Kleine Pause

Am Denkmal für den unbekannten Deserteuer

Protestaktion in Mutlangen (1991)

Versammlung am Tor

Gespräche am Zaun

Info-Stand

European Peace Congress in Osnabrück (1998)

Aktionsgruppe am Info-Stand

Protest gegen den Kosovo-Kriegseinsatz (2000)

In Erfurt vor dem Bundeswehr-Sperrbezirk

In Freiburg mit Uta Pfefferle

Gründung des Netzwerks Friedenssteuer als Verein (2003)

Erster Vereinsvorstand: Friedrich Heilmann, Hannelore Morgenstern, Sepp Rottmayr

Internationale Konferenzen

Brüssel 2004: Plenum mit Dolmetscherkabinen

Workshop

Woltersdorf (bei Berlin) 2006: Kaffeepause

Sandefjord 2010: Gruppenbild

Manchester 2008: Plenum

Edinburgh 2017: Plenum, Einladungsplakat

Organ-Tagungen

Köln 2016

Rotenburg 2023 (mit Jan Birk, Gertie Brammer, Wolfgang Steuer, Ria Makein, Katharina Rottmayr-Czerny, Hannelore Morgenstern)

Buscher-Media-Zukunftspreis 2023

Auszeichnung für das „Netzwerk Friedenssteuer“

Bei seiner Herbsttagung und anlässlich seines Jubiläums erhielt das Netzwerk Friedenssteuer den 11. „Buscher-Media-Zukunftspreis 2023“, überreicht vom Initiator Dr. Marduk Buscher, einem Medien-Unternehmer aus Baden-Baden. Er möchte mit dem Preis konstruktive Initiativen auszeichnen, die „in den verschiedensten Bereichen des menschlichen Zusammenlebens den Keim einer Besserung, einer Entspannung, eines Hoffnungsschimmers pflanzen“.

Die früheren Preisträger waren 2013 der ADFC, der das Preisgeld für eine Aktion mit der Lebenshilfe eingesetzt hat, und 2014 die Initiative „Plant-for-the-planet“ von Felix Finkbeiner mit ihrer weltweiten Aufforstungsaktion. Das Kinderhilfswerk NPH wurde 2015 für eine Solaranlage mit Ausbildungsaktivitäten auf Haiti ausgezeichnet, und im Jahr 2016 erhielt den Preis der Verein AktivBrücke in Baden-Baden – stellvertretend für die gesamte Flüchtlingsarbeit der Bürgerschaft. 2017 wurde das humanitäre Engagement von „PalMed“, einem Zusammenschluß palästinensischer Ärzte und Apotheker, die von Deutschland aus ihren Landsleuten in den besetzten Gebieten Palästinas und in den Flüchtlingslagern in den Staaten rund um Israel leisten, gewürdigt. In 2018 wurde die Integrationsarbeit im Stadtteilzentrum Briegelacker in Baden-Baden ausgezeichnet und in 2019 der Verein „Dorf der Freundschaft in Vietnam“, welcher sich um Opfer des Vietnamkriegs kümmert. 2020 war das GemeinwohlForum Baden als langjähriger Veranstalter der Zukunftsfestivals und Mit-Initiator der Bio-Musterregion Baden/Alsace Preisträger. Im Jahr 2021 erhielt die Cuba Solidarität Würzburg den Preis für ihr humanitäre Unterstützung des cubanischen Volkes unter den Einschränkungen der US-Blockade, und 2022 wurde die Bürger-Stiftung Baden-Baden ausgezeichnet.

Ökologie, Inklusion, Hilfe zur Selbsthilfe, Solidarität mit Krisenopfern, die Sorge um das Gemeinwohl sind also die Triebfedern des Engagements von Dr. Marduk Buscher, Gründer und bis Februar 2020 Geschäftsführer des IT-Systemhauses „IT+Media Group GmbH“ sowie aktuell noch der „Media Consult Buscher GmbH“. Ihm liegt daran, einen „atmenden“ Preis zu vergeben, der abwechselnd internationales und lokales oder regionales Engagement belohnt.

Nachdem 2022 eigentlich schon die Einstellung des Preises angekündigt worden war, findet die elfte Verleihung in diesem Jahr statt, weil der Preisstifter im Verhalten der Bundesregierung gegenüber dem Krieg in der Ukraine eine drastische Veruntreuung von Steuermitteln sieht, die er auf keinen Fall mittragen möchte. Steuerlich absetzbare Spenden und Stiftungen stellen vor diesem Hintergrund eine Möglichkeit dar, dem Staat wenigstens einen geringen Anteil an Steuern zu entziehen. Das Netzwerk Friedenssteuer möchte diese Möglichkeit stärker in den Fokus nehmen, wie sein Sprecher Jan Birk anlässlich der Preisverleihung betonte, indem das Preisgeld in einer „Spendenkaskade“ immer weiter an andere Akteure der Friedensbewegung gespendet wird, bis es schließlich für ein konkretes Friedensprojekt eingesetzt wird.

Jan Birk nimmt den Preis entgegen

der

BUSCHER MEDIA
ZUKUNFTSPREIS
2023

wird an das
»Netzwerk Friedenssteuer«
vertreten durch Jan Birk

Kein Geld für Krieg!
www.friedenssteuer.de

im 40. Jahr des Engagements
für das Recht des mündigen Steuerbürgers
auf Kriegsddienstverweigerung verliehen.

Dr. Marduk Buscher, Baden-Baden, 11. November 2023

www.buscher-media.de

IT+MEDIA www.it-media-group.de
MEDIA TREND www.mediatrend.de
mcb media consult buscher GmbH www.buscher-media.de
www.dokumentationsdienst.de
www.media-it-center.de

„40 Jahre – und wie weiter?“

Kleiner Festakt mit Dr. Eberhard Müller

2023 existierte die Initiative für eine Friedenssteuer schon 40 Jahre. „Großes oder kleines oder gar kein Fest?“, das war die Frage. Quatsch, schließlich haben viele Menschen Gewissensnot beim Steuerzahlen und eine Gruppe von ihnen hat 40 Jahre lang an einer Lösung gearbeitet – und diese auch gefunden mit dem Entwurf für ein Zivilsteuergesetz. Dann eben ein Abend im Rahmen unserer Herbsttagung in Rotenburg a. d. Fulda, im kleinen Kreis und mit zwei Gästen aus der Friedens-Initiative Hersfeld-Rotenburg (am 19.11.23). Außer der Erinnerung an vergangene Zeiten brauchten wir aber auch eine Ermutigung, wollten Wegweisendes hören. Darum baten wir Dr. Eberhard Müller aus Zell am Harmersbach (Schwarzwald). Er ist seit vielen Jahre engagiert in verschiedenen Bereichen der Evangelischen Kirche in Baden – immer friedensorientiert; heute auch bei der Initiative „Sicherheit neu denken“. Dazu sagt er sinngemäß: Es ist die Aufgabe der Kirche, für Frieden zu arbeiten und dabei auch politisch zu denken. Seit 2018 ist Eberhard Prädikant und bringt seine Erfahrungen als Missionar, Biologe, Lehrer und aus der Kirchenchormusik ein.

Wir stellten unseren Referent also vor unsere Frage: „40 Jahre – und wie weiter?“ Gleich zu Beginn verbindet Eberhard das Motto der aktuellen Friedensdekade „sicher nicht – oder?“ und deren Logo, der zerbrochene Kompass, mit seiner Wahrnehmung: Im Netzwerk Friedenssteuer habe er nichts von einem zerbrochenen Kompass gehört – auch wenn unser Gesetzesvorschlag bisher noch keinen politischen Erfolg hat.

Dann geht Eberhard verschiedenen Wirkungen nach:

- 1983 (auch vor 40 Jahren) begann in Vancouver der konziliare Prozess des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK). Die DDR-Montagsgebete waren davon getragen.
- 1992: auch die 1. Klimakonferenz war vom ÖRK-Vancouver „getriggert“; die Kirchen engagierten sich damals sehr fürs Klima.
- Ökumenische Weltversammlungen hatten oft erhebliche Wirkungen.
- In Busan (Korea, 2013) fand ein interreligiöses Gespräch auf breiter Basis statt: Ziel der Religionen ist Frieden und menschliche Beziehungen
- Nach den beiden Weltkriegen hieß es 1948 im Weltkirchenrat: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein!“

Zu den Wermutstropfen der Geschichte gehören: Am 11.11.1955 erfolgte die Gründung der Bundeswehr; die Verteidigungsausgaben stehen 1:1000 im Missverhältnis zum Budget für zivile Konfliktlösungsbemühungen. Das

Dr. Eberhard Müller

Bundeswehr-Personal bildet heute Kräfte an vielen Orten der Welt aus. Auch das ist eine Form von Kolonialismus. Parallel dazu werden gestohlene, alte Schädel aus Afrika heute zurückgegeben.

Zurück zur Hoffnung und zu Kraftgebendem:
Vor 2000 Jahren starb Jesus. Auch wenn die Welt einen Mann umbringt, bringt das nicht generell die Menschlichkeit um. Wenn wir wirklich an das Leben glauben, dann arbeiten wir auch dafür.

Die Uni Jena hat gewaltfreie Widerstands-Aktionen während der ersten Kriegsmonate(!) in der Ukraine dokumentiert.

Forschungsfakt ist: 6 % der Gesellschaft können eine erhebliche Veränderung bewirken. Selbst Mathematiker sagen, dass der Flügelschlag eines Schmetterlings in Japan in einem chaotischen Feld zu Wirkungen anderswo auf der Welt führen kann.

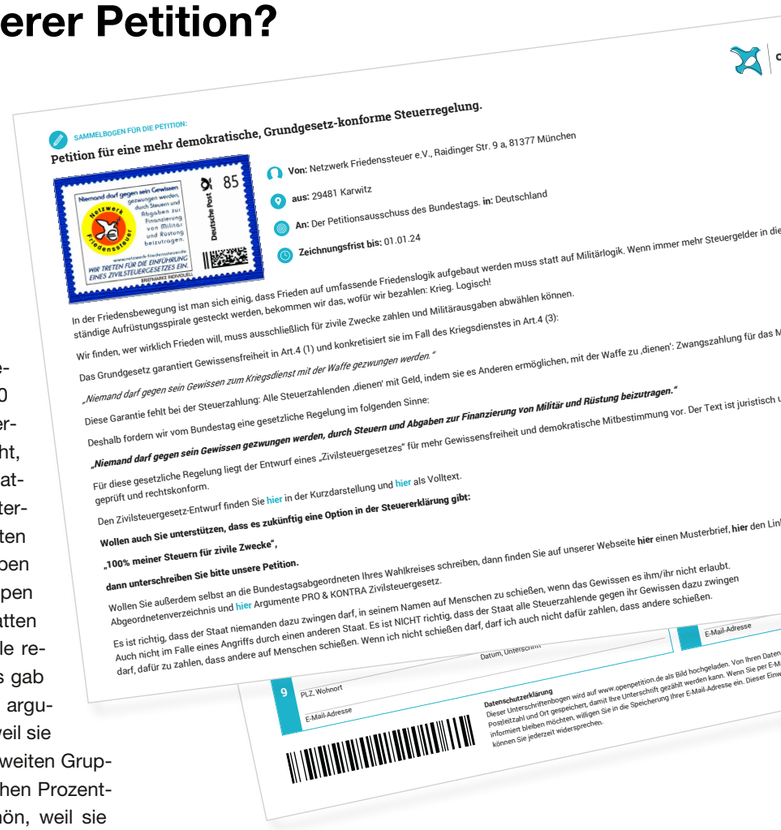
„Das beste Mittel, glücklich zu werden, ist, wie eine Spinne aus sich heraus nach allen Seiten ein Netz aus Liebe zu spinnen und mit dessen klebrigen Fäden alles einzufangen, was des Weges kommt.“ Leo Tolstoi (1828 – 1910)

Als Insider der Kirche hat Eberhard Müller auf lokaler Ebene auch ganz andere Erfahrungen gemacht: Kirchenstrukturen und deren Hauptamtliche können sehr hemmend sein. Das kann unsere AG „Steuern zu Pflugscharen“ ganz aktuell bestätigen. Denn seit einem Jahr suchen wir das Gespräch mit dem EKD-Friedensbeauftragten (ehemaliger Bausoldat in der DDR) und finden keinen Zugang. Aber auch das ist nicht unsere ganze Geschichte mit den Landeskirchen: Jahrelang haben sie unsere Vereinstagungen und auch eine Reise zur Internationalen Konferenz für Friedenssteuer in Washington finanziell unterstützt. Aber nicht wirklich inhaltlich unterstützt; denn die „Militärsteuerverweigerung“ galt ihnen als rein individuelles Gewissensproblem. Anders das Szenario „Sicherheit neu denken“; dort steht die Vision, dass im Jahr 2023 (!) die Bundesregierung verordnet, dass „kein Steuerzahler gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, Rüstung und Militär mitzufinanzieren…“

Was lehren uns diese Überlegungen? Wer einerseits ein Gewissensproblem mit der Steuerzahlung für Militär, Rüstung und inzwischen auch Krieg hat und andererseits die im Grundgesetz verbriefte Gewissensfreiheit, muss etwas tun – wie die Gründung der Friedenssteuer-Initiative in der Evangelischen Studierenden-Gemeinde Heidelberg 1983. Das Anliegen der Gewissensentlastung auch bei der Steuerzahlung muss verbreitet, bedacht und in vielen kleinen Schritten lösbar gemacht werden – wie im Entwurf des Zivilsteuergesetzes. Die Zuversicht auf eine politische Lösung – sei´s mit Unterstützung der „Kirchen auf dem Weg zum gerechten Frieden“, sei´s durch das Votum jener 6 % der Gesellschaft, sei´s durch eine friedenslogische Wende in der Politik – also die Zuversicht dürfen wir nicht verlieren, nein können wir nicht verlieren; denn wir haben das Gewissensproblems in uns.

Hannelore Morgenstern

Was wurde aus unserer Petition?



Die Petition „Für eine mehr demokratische, grundgesetz-konforme Steuerregelung“ lief vom 25.02. bis zum 31.12.2023 auf der Plattform „open petition“. Insgesamt haben 1.205 Menschen unterschrieben; 854 von ihnen machten es online; auf 42 Sammelbögen wurden weitere 351 Unterschriften geleistet. Wir werden dafür sorgen, dass alle diese Unterschriften beim Petitionsausschuss des Bundestages eingereicht werden.

Damit der Petitionsausschuss sich mit unserem Thema befassen MUSS, hätte es 50.000 Unterschriften gebraucht. Wir hatten nicht erwartet, so viele zu bekommen, aber auch nicht, dass es nun dermaßen wenige sein würden! Hatten doch 30 andere Friedensgruppen ihre Unterstützung zugesagt. Wenn wir die Unterschriften aus unserem eigenen Netzwerk abziehen, bleiben nur ca. 550 übrig, die aus den anderen Gruppen hinzu gekommen sein könnten. Angefragt hatten wir noch weitere Gruppen, die längst nicht alle reagiert haben; einige sogar deutlich negativ. Es gab eine größere Organisation, die ganz ehrlich argumentierte, uns nicht unterstützen zu können, weil sie 100 % vom Staat finanziert werde. Von einer zweiten Gruppe wissen wir, dass sie ebenfalls zu einem hohen Prozentsatz subventioniert wird. Das ist an sich schön, weil sie wirklich gute Arbeit leisten; aber hier ist dann doch eine erhebliche Unfreiheit in den Handlungsmöglichkeiten entstanden. Schade! Und dann – ich muss doch mal kurz lästern – hat eine feministische Gruppe abgesagt, weil wir in unserem Aufruf nicht explizit auf Frauen Bezug genommen hätten... naja.

Zusätzlich zu den aktuellen 1.205 Petitions-Unterschriften werden wir noch weitere 4.479 Unterschriften einreichen, die in den Jahren davor auf anderen Sammelbögen eingegangen sind; das macht insgesamt 5.684 Unterschriften.

In 2005 hatten wir schon 12.083 Unterschriften offiziell an den damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse überreicht. Kurzum: Jede Meinungsäußerung ist wichtig und wird zu Gehör gebracht.

Gertie Brammer

KURZ & BÜNDIG

Die Drahtzieher der Kriege (Weihnachtsansprache des Papstes)

„Wie viele Massaker an Unschuldigen es in der Welt gibt: im Mutterleib; auf den Routen der Verzweifelten, die auf der Suche nach Hoffnung sind; im Leben so vieler Kinder, deren Kindheit vom Krieg zerstört wird. Sie sind die Jesuskinder von heute. Diese Kinder, deren Kindheit vom Krieg, von den Kriegen zerstört wird.

Zum Fürst des Friedens „Ja“ zu sagen, bedeutet also, „Nein“ zum Krieg zu sagen – und zwar mit Mut: Nein sagen zum Krieg, zu jedem Krieg, zur Logik des Krieges selbst, der eine Reise ohne Ziel, eine Niederlage ohne Sieger und ein Wahnsinn ist, für den es keine Entschuldigung gibt. Um aber „Nein“ zum Krieg zu sagen, muss man „Nein“ zu den Waffen sagen. Denn wenn der Mensch, dessen Herz unstet und verwundet ist, Werkzeuge des Todes in Händen hält, wird er sie früher oder später einsetzen. Und wie kann man von Frieden sprechen, wenn Produktion, Verkauf und Handel von Waffen zunehmen? Wie zur Zeit des Herodes, bewegen sich heute die Machenschaften des Bösen, die sich dem göttlichen Licht widersetzen, im Schatten der Heuchelei und des Heimlichen: Wie viele bewaffnete Massaker ereignen sich in ohrenbetäubender Stille, ohne dass viele davon erfahren! Die Menschen, die keine Waffen, sondern Brot haben wollen, die sich abmühen, um über die Runden zu kommen und um Frieden bitten, wissen nicht, wie viel öffentliches Geld für Rüstung ausgegeben wird. Doch sie sollten es wissen! Darüber soll man sprechen, darüber soll man schreiben, damit die Interessen und Gewinne bekannt werden, die die Drahtzieher der Kriege sind.“

Papst Franziskus,
Auszug aus der Weihnachtsansprache 2023

Die Welt braucht Frieden!

Wir warnen aber eindringlich vor dem Irrglauben, immer mehr Waffen für die Ukraine würden zu einem schnelleren Ende des Krieges führen. Und wir warnen vor der einseitigen Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien „Sieg“ oder „Niederlage“. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Handeln stärker auf friedliche Ansätze zur Konfliktlösung zu fokussieren: Haben Sie den Mut, mehr Diplomatie zu wagen!

Was uns eint, ist die Überzeugung, dass dauerhafter Frieden und eine stabile internationale Friedensordnung nur möglich sind, wenn sich die Stärke des Rechts durchsetzt – und nicht das Recht des Stärkeren. Mit Waffen lässt sich kein Frieden schaffen! Das sehen wir überall da, wo Kriege und Bürgerkriege toben – ob in Syrien, im Iran, im Jemen, im Sudan oder in Äthiopien. Militärische Konflikte und der Einsatz bewaffneter Gewalt bringen Tod, großes Leid und führen zu Flucht und Vertreibung.

Jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Neue Waffensysteme dürfen nicht mit der Schließung von Krankenhäusern oder dem Verzicht auf Zukunftsinvestitionen bezahlt werden. Die jüngste Häufung weltweiter Extremwetterereignisse führt uns drastisch vor Augen, dass die Bekämpfung des Klimawandels keinen Aufschub duldet. Der dafür erforderliche Umbau unserer Wirtschaft und seine sozial gerechte Gestaltung werden nur gelingen, wenn dafür ausreichend öffentliche Mittel bereitstehen.

Auszug aus: Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2023

„Lieber Weihnachtsmann, ich habe eine tolle Idee. Wenn Du zu Weihnachten in jedes Haus kommst, könntest Du doch alle Gewehre mitnehmen, in deinen Sack stopfen und am Nordpol verstecken. Dann könnte niemand mehr irgend einen Menschen auf der Welt töten. Vielen Dank!“

Anonymer Kinderwunsch

KURZ & BÜNDIG

Sicherheitsrisiko Klimawandel

Der Klimawandel wird ohne entschiedenes Gegensteuern bereits in den kommenden Jahrzehnten die Anpassungsfähigkeiten vieler Gesellschaften überfordern. Daraus könnten Gewalt und Destabilisierung erwachsen, die die nationale und internationale Sicherheit in einem bisher unbekannten Ausmaß bedrohen. Der Klimawandel könnte die Staatengemeinschaft aber auch zusammenführen, wenn sie ihn als Menschheitsbedrohung versteht und in den kommenden Jahren durch eine energische und weltweit abgestimmte Klimapolitik die Weichen für die Vermeidung eines gefährlichen anthropogenen Klimawandels stellt. Gelingt dies nicht, wird der Klimawandel zunehmend Spaltungs- und Konfliktlinien in der internationalen Politik hervorrufen, weil er vielfältige Verteilungskonflikte in und zwischen Ländern auslöst: Um Wasser, um Land, um die Bewältigung von Flüchtlingsbewegungen oder um Kompensationszahlungen zwischen den wesentlichen Verursachern des Klimawandels und den Ländern, die vor allem von dessen destruktiven Wirkungen betroffen sein werden.

Der WBGU regt an, die Ausgaben im Sicherheitssektor vor allem im Hinblick auf ihre Effektivität für die internationale Friedenssicherung kritisch zu überprüfen und anzupassen. Die Bundesregierung sollte hierzu internationale Diskussions- und Verhandlungsprozesse in der EU, der NATO und darüber hinaus vorantreiben. Die Militärhaushalte sollten deutlich zugunsten präventiver Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit umgeschichtet werden. Bei einer Umstrukturierung militärischer Ausgaben hin zu einer präventiven Sicherheitspolitik sollte der Finanzbedarf für „klassische“ Militärausgaben zurückgehen.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Die Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin 2007 (alle WBGU-Gutachten können auf der Seite https://www.wbgu.de heruntergeladen werden)

Militärsteuerverweigerung im 18. und 19. Jahrhundert

Wenn das Netzwerk Friedenssteuer anlässlich seines 40jährigen Jubiläums nicht nur auf bisherige politische Forderungen und öffentliche Aktionen blickt, sondern insbesondere auch auf die Geschichte der Militärsteuerverweigerung in Deutschland, dann könnte man meinen, diese habe ebenfalls in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit den ersten modernen MilitärsteuerverweigerInnen begonnen. Das ist jedoch offensichtlich eine Täuschung, wie uns Claus Bernet in seinem historischen Aufsatz: „Kriegsdienstverweigerung im 19. Jahrhundert: Ein Beitrag zum Klischee des Militärstaats Preußen“ aufzeigt. Tatsächlich gab es Militärsteuerverweigerung durch die Mitglieder einer kleinen Friedenskirche, der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker), bereits im 18. und 19. Jahrhundert:

„Seit Beginn der Gemeindegründung der Quäker in Minden 1796 wurde auf den Pazifismus besonderen Wert gelegt, um der neuen Religionsgemeinschaft ein Identifikationsangebot und eigenständiges Profil zu verleihen. Dabei bemühte man sich zunächst, eine generelle gesetzliche Befreiung vom Kriegs- bzw. Heeresdienst für männliche Quäker und eine Befreiung von den Kriegssteuern zu erlangen. Seit den Befreiungskriegen wurden die Kriegssteuern durchgängig von fast allen deutschen Quäkern verweigert, worunter aber besonders die Mitglieder im preußischen Minden zu leiden hatten. Als dann 1833 eine neue Kriegssteuer von drei Talern pro Familie erhoben wurde, verweigerte man auch diese Kontribution. Der Staat half sich, indem er die betreffende Summe, zuzüglich einer Gebühr, jährlich pfändete, wogegen sich die gewaltfreien Quäker nicht wehrten, sondern das geforderte Geld schon abgezählt bereit hielten.“

KURZ & BÜNDIG

Büchel-Aktion bringt US-Amerikaner in deutsches Gefängnis

John LaForge, der Ko-Direktor von Nukewatch, hat kürzlich eine 50-tägige Haftstrafe im Glasmoor-Gefängnis außerhalb von Hamburg verbüßt, weil er gegen die auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel stationierten US-Atomwaffen protestierte. Es ist das erste Mal, dass ein US-Amerikaner aus einem solchen Grund in Deutschland inhaftiert wurde.

Er beschreibt die Situation: „Das Gefängnis ist ein Ort mit minimalen Sicherheitsvorkehrungen. Es herrschen dort sehr lockere Bedingungen. Die Geldstrafe, die gegen mich verhängt wurde, weil ich 2018 ein paar Mal in den Büchel-Stützpunkt gegangen war, wurde von mir absichtlich nicht bezahlt, und so verhängte das dortige Gericht die Ersatzfreiheitsstrafe.

Wir argumentierten in der Verhandlung, dass die Stationierung oder der Transfer von US-Atomwaffen nach Deutschland eine rechtswidrige Handlung ist, ein Verstoß gegen die Artikel I und II des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Und wir wurden trotzdem verurteilt, obwohl wir anboten, dass Sachverständige die internationalen Verträge erläutern, die diesen Transfer, diesen andauernden drohenden Einsatz von US-Atomwaffen von Deutschland aus gegen Russland verbieten.

Diese Angebote wurden vom Gericht abgelehnt. Aus diesem Grund haben wir das Bundesverfassungsgericht, das höchste deutsche Gericht, angerufen und uns beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beschwert, dass die Weigerung, Experten anzuhören, uns daran hinderte, eine angemessene Verteidigung zu präsentieren, und dass es uns erlaubt sein sollte, einen vollständigen Prozess zu führen.“

Quelle: Interview mit Amy Goodman, Democracy now! (democracynow.org)

Weigerung, an Israels Krieg teilzunehmen

Seit dem terroristischen Überfall der Hamas und dem Beginn des Gaza-Krieges im Oktober ist die Welt täglich Zeuge grausamer Bilder in den Nachrichten – und die israelischen Verteidigungskräfte (IDF) sehen sich zunehmend mit Anschuldigungen wegen Kriegsverbrechen konfrontiert.

Innerhalb Israels wurde die Kritik zum Schweigen gebracht, da die meisten Medien die Aktionen der IDF verteidigten. In einem Land, in dem der Beitritt oder die Unterstützung der IDF gleichbedeutend mit Patriotismus ist, gehen die wenigen Israelis, die bereit sind, aus der Reihe zu tanzen und offen gegen Besatzung und Gewalt Stellung zu beziehen, ein großes persönliches Risiko ein.

Kürzlich wurde der 18-jährige Tal Mitnick als erster Israeli seit Beginn des Krieges wegen Dienstverweigerung in den IDF inhaftiert. Während sein Fall weltweit Beachtung findet, erinnert er daran, dass eine solche Verweigerung in Israel nicht neu ist – in den letzten Jahrzehnten haben sich Tausende der Bewegung der Kriegsdienstverweigerer angeschlossen.

Ein weiterer Verweigerer ist der 19-jährige Jerusalemer Ariel Davidov, ein Freund von Mitnick, der sagt, er habe sich im Alter von 15 Jahren entschlossen, „nicht mit der Besatzung und der Apartheid zu kooperieren“. Davidov arbeitet heute für das Mesarvot-Netzwerk, das vor einem Jahrzehnt gegründet wurde, um jungen Menschen, die sich weigern, in die Armee einzutreten, juristische, materielle und emotionale Unterstützung zu bieten.

Quelle: Auszug aus der Einleitung zu einem Interview von Eleftheria Kousta mit dem israelischen Kriegdienstverweigerer Ariel Davidov, in: Waging Nonviolence, 9.1.2024

KURZ & BÜNDIG

Joan Baez verweigerte Steuern

„Joan Baez wurde am 9. Januar 1941 in Clarence Center auf Long Island, New York, geboren. Sie ist eine bedeutende amerikanische Folk-Sängerin und Friedensaktivistin des 20. Jahrhunderts. Die musikalischen Wurzeln der Sängerin liegen in der amerikanischen Folk-Traditon begründet. Ihr Debüt-Album, 1960 veröffentlicht, wurde zur meistverkauften Folklore-LP in den USA. Joan Baez ist seit den frühen sechziger Jahren eine leidenschaftliche Friedensaktivistin. Sie lehnte es ab, Steuern zu zahlen. Statt dessen überwies sie die Hälfte ihrer Konzerteinnahmen an pazifistische Organisationen. Einem breiten Publikum bekannt wurde die Folk-Sängerin während des Vietnam-Krieges, als sie dem Protest ihre Stimme verlieh.“

Zitat aus einem Beitrag vom 9.1.2024 auf: https://www.facebook.com/erinnerungenaneinschoenesdeutschland

„Waffen machen nicht stark. Waffen machen Angst.“

Larisa Afanaseva, aus St. Petersburg (jetzt Zeitz)

„Rücktritt vom Amt des steuerzahlenden Bürgers“

Jubiläen fördern manchmal auch längst verschollene Texte wieder zutage, so den unten stehenden Leserbrief. Anlass dafür war der Rücktritt des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler, der gesagt hatte, dass „...ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und deshalb auch Außenhandelsabhängigkeit wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen.“

„Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt vom Amt des steuerzahlenden Bürgers – mit sofortiger Wirkung. Die Situation in der Finanz- und Sozialpolitik hat mich zu diesem Schritt gezwungen. Ich bitte um Verständnis für meine Entscheidung. Die Verantwortlichen der einzelnen Parteien lassen mit ihrem Handeln den notwendigen Respekt für mein Amt als Steuerzahler vermissen. Ich bedanke mich bei den vielen Menschen, die mich in meinem Amt als Bürger unterstützt haben, wie Steuerberater, Finanzamt, IHK und Gemeinde. Es war mir eine Ehre, in Deutschland Steuern gezahlt zu haben. Ja, wenn das alles soooo einfach wäre, wäre das Leben gleich doppelt so schön.“

Leserbrief in der Märkischen Oderzeitung von Frank Grondkowski, Fredersdorf

MATERIALVERSAND

Bestellungen an Gertie Brammer, gbram@posteo.de

Die Briefmarken wurden nachgedruckt und sind jetzt wieder erhältlich (Portowert: 85 Cent, Preis 1 €)

NEU:

Aufkleber „KEIN GELD FÜR KRIEG“

Netzwerk Friedenssteuer A D R E S S E N

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Telefon	E-Mail
Öffentlichkeit/Materialvers.	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	05861-985742	gbram@posteo.de
Redaktion Friedenssteuer Nachrichten	Klaus	Waiditschka	George-Washington-Str. 255	68309	Mannheim	0621-40546939	k.waiditschka@friedenssteuer.de
Steuern zu Pflugscharen	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-552525	morgenstern@friedenssteuer.de
Internationales/CPTI	Jan	Birk	Weber Str. 2	24211	Preetz	04342-3029260	birk@friedenssteuer.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	030-4251860 0152 53598491	gisela-lmk@web.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9 a	81377	München	089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo von	Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	0511-801696	dedo.krosigk@web.de
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Bielingplatz 1	90419	Nürnberg	0911-353237	br.janus@t-online.de
	Lina	Hoffmann	Olivenweg 36	90441	Nürnberg	0911-662993	lina-b-hoffmann@t-online.de
Region Ost	Dietrich	Göttsching	Pfortenweg 7	99092	Erfurt	0361-2255119	dgoettsching@yahoo.de
Region Südwest	Dr. Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	07221-38194	mardukbuscher@t-online.de
	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
Region West	Wolfgang	Engmann	Gemener Str. 21	46359	Heiden	0157-36217061	wolfeng@web.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr-Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen-Westerham	08062-7261067	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stell. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Jan	Birk	Weberstr. 2	24211	Preetz	04342-3029260	birk@friedenssteuer.de

Termine 2024

5.–7.4.2024 **Jahrestagung des Netzwerks Friedenssteuer**
offen für alle Interessierten,
Ort: Jugendherberge in Bad Hersfeld

4.–6.10.2024 **Internationale Konferenz der Friedenssteuer-Initiativen und Militärsteuerverweigerer (Conscience and Peace Tax International/CPTI)**
offen für alle Interessierten
(Anmeldung bei birk@friedenssteuer.de)
Ort: Halbinsel Priwall (Naturfreundehaus) bei Lübeck / Travemünde

Impressum

Geschäftsstelle: Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Raidinger Str. 9a, 81377 München
Telefon: 089 – 71 62 83
info@friedenssteuer.de
www.friedenssteuer.de

Spendenkonto:

IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00
BIC: GENODEM1GLS (GLS Gemeinschaftsbank eG)

Bei allen Spenden bitte den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden im 1. Quartal des Folgejahres verschickt.

Der Rundbrief *Friedenssteuer Nachrichten* erscheint 1 oder 2 Mal pro Jahr, Auflage 750 Stück.
Er geht an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Redaktion: Klaus Waiditschka, s.o.

DATENSCHUTZ: Personenbezogenen Daten benutzen wir nur für interne Zwecke; sie werden nicht an Dritte weitergegeben. Besucher unserer Webseite werden nicht registriert. Die vollständige Datenschutzerklärung finden Sie auf unserer Webseite > Wir über uns > Datenschutz.